

Städte und Gemeinden sagen:
„Halt! So geht es nicht weiter!“



HSGB

HESSISCHER STÄDTE-
UND GEMEINDEBUND

**HSGB fordert Realitätssinn –
Leistungsgrenze der Kommunen ist überschritten!**

Notwendig sind:

- **Aufgabenkritik**
- **Priorisierung**
- **Abschaffung bürokratischer Hemmnisse**

Wie ist die Lage?

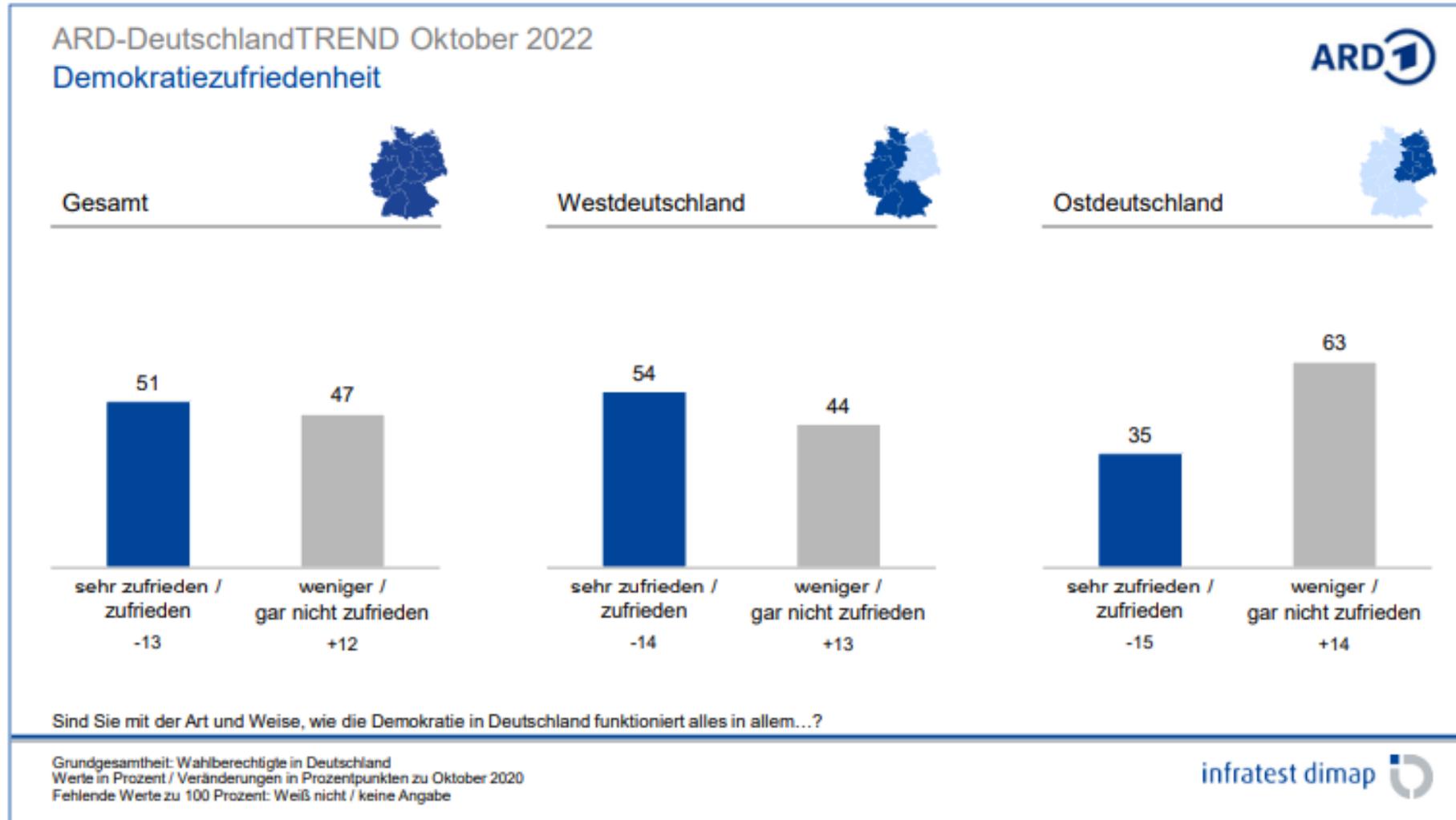
- Eine Krise jagt die andere.
- Personal, es fehlt.
- Bürokratie ohne Ende, immer mehr.
- Förderprogramme, lieber nicht.



Das Maß an öffentlichen Leistungsversprechen passt schon länger nicht mehr mit dem zusammen, was die Leistungsfähigkeit hergibt, nicht nur wegen finanzieller Knappheit, sondern auch wegen personeller Ressourcen und überbordenden bürokratischen Anforderungen.

Die Menschen merken dies.

Zufriedenheit mit dem Funktionieren unserer Demokratie geht zurück



Hessische Gemeindeordnung, § 1 Abs. 1

Die Gemeinde ist die Grundlage des demokratischen Staates. Sie fördert das Wohl ihrer Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe.

Freie Selbstverwaltung?

- **Fremdbestimmte Aufgaben binden immer mehr Personal und finanzielle Mittel der Kommunen.**
- **Durch die Gesetzgebung von Bund und Land werden aber immer mehr Aufgaben zur Pflicht gemacht.**
Aktuellstes Beispiel ist hier der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung im Grundschulalter.
- **Die Anforderungen an diese Pflichtaufgaben werden auch immer weiter erhöht.**
Beispielhaft hierfür sind die mehrfach erhöhten Mindest-Personalanforderungen für den Betrieb von Kindertagesstätten zu nennen.

Zum Teil schließen die Vorgaben sogar aus, dass die Aufgaben der Kommune verlässlich und ordnungsgemäß erfüllt werden. Die staatliche Vorgabe verengt zudem die Auswahl der Instrumente, die die Kommune nutzen darf.

Hinzu treten organisatorische Vorgaben über die Benennung von Beauftragten, Dokumentations- und Verfahrensanforderungen.

Schließlich folgt dem einen Gesetz häufig auch schnell das nächste, ohne dass die Wirkungen der zuvor getroffenen Vorgaben ausgewertet worden wären.



Probleme aus diesen Gegebenheiten

- Die umfangreichen Vorgaben **verengen die Handlungsspielräume der kommunalen Gremien**, die unmittelbar von der Bevölkerung gewählt werden.
- Mit der Wahl verbinden sich entsprechende **Erwartungen an die Gestaltungsfähigkeit**.
Diese können die haupt- und ehrenamtlich in Politik und Verwaltung Tätigen vor Ort immer weniger erfüllen.

Wer die Verantwortung für was trägt, wird immer unklarer.



Probleme aus diesen Gegebenheiten

- Die Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort schrumpfen.
Das hat vielfältige negative Folgen.

So können immer weniger Menschen gewonnen werden, vor Ort Verantwortung zu übernehmen.

- Mit der Vorgabe von Zielen und Instrumenten verhindern Bundes- und Landespolitik zudem viele Innovationen.
- Gerade aus der örtlichen Lösungssuche würden vielfältige, unterschiedliche Lösungen resultieren, bei denen sich im Zeitverlauf die bewährteren in einer wachsenden Zahl von Kommunen herumsprechen und durchsetzen könnten.

Präsident Matthias Baaß, Viernheim

*Liebe Politiker in Bund und Land,
liebe Verantwortliche auf Bundes- und Landesebene,
wir wollen mit Euch zusammen, zusammen auch mit
unseren Bürgerinnen und Bürgern, die Zukunft
gestalten! Gerne!*

*Aber so geht es nicht mehr weiter,
**die haupt- und ehrenamtlichen Kommunalpolitiker
gehen uns von Bord, wenn wir nichts ändern.***

Dies ist ein sehr sehr wichtiger Appell, ein Hilferuf:

***Setzt Euch mit uns zusammen –
wir müssen Grundlegendes ändern!***



Echo bisher (Beispiele)



Hessens Kommunen rufen um Hilfe

WIESBADEN Vertreter von Städten, Kreisen und Gemeinden legen Forderungen zur Landtagswahl vor

Krieg in der Ukraine, Inflation, Flüchtlingskrise, Wärme- und Verkehrswende: Vielen hessischen Städten, Gemeinden und Landkreisen steht das Wasser nach eigener Darstellung bis zum Hals. Sie fürchten, ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen zu können. Die drei Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände haben am Freitag ihre Erwartungen an die künftige Landesregierung vorgestellt. Sie fordern, den Kommunen keine weiteren Aufgaben aufzuerlegen und ihnen das dringend benötigte Geld zu geben, damit sie bestehende Verpflichtungen erfüllen können. Zudem möchten sie im Krisenzeitraum mehr Schulden aufnehmen dürfen.

„Ob die Aufnahme von Flüchtlingen und die Integrationsarbeit gelingt oder ob der Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden kann, das alles wird vor Ort entschieden“, sagte Heiko Wingenfeld (CDU), Präsident des hessischen Städte- und Gemeindebundes. Er äußerte sich außerdem über die Finanzierung von Feld- und Forstwirtschaft nach geht es zudem nicht mehr allein um die Finanzierung von Aufgaben, sondern auch darum, was überhaupt noch machbar sei. „Wie kann etwa der Anspruch auf die Ganztagsbetreuung

in Grundschulen umgesetzt werden“, fragte Wingenfeld und erinnerte an den Fachkräftemangel in den Erziehungsberufen. Forderungen nach mehr Personal in den Kommunen, was nicht eingehalten werden könne. Dies könne das Vertrauen in die Demokratie erschüttern.

Die Verbände der Kommunen legen elf Forderungen vor. Angeht es unter anderem den Bürokraatieabbau, mehr Digitalisierung, eine dauerhafte Finanzplanung für den Nahverkehr und dessen Ausbau sowie die Sicherstellung von Kultur- und Sportangeboten. Zudem solle die Finanzierung der Krankenhäuser verbessert werden. Wingenfeld äußerte die Befürchtung, dass einige Kliniken aufgrund fehlender Liquidität die angekündigte Reform der Krankenhausfinanzierung gar nicht mehr erleben würden.

Der Städtetags-Präsident äußerte er sich außerdem bezüglich der Finanzierung von Feld- und Forstwirtschaft nach geht es zudem nicht mehr allein um die Finanzierung von Aufgaben, sondern auch darum, was überhaupt noch machbar sei. „Wie kann etwa der Anspruch auf die Ganztagsbetreuung

werden. Mit Blick auf die Wärmewende bezeichnete er die Pflicht der Kommunen, Wärmepläne zu erstellen, als „völligen Humbug“. Baal forderte einen Abbau der Bürokratie und nannte exemplarisch einen Apotheker, der beim Kauf zweier geforderte Kühldecken nachweisen musste, nicht gegen Russlandanktionen verstößen zu haben.

Wolfgang Schuster (SPD), Landrat des Lahn-Dill-Kreises und Präsident des Hessischen Landkreistages, erinnerte daran, dass die Kommunen etwa 70 Prozent aller staatlichen Aufgaben erfüllen, aber nur rund 15 Prozent der Steuereinnahmen erhalten. „Für die Aufgaben, die nicht unter die kommunale Selbstverwaltung fallen, erwarten wir die vollständige finanzielle Ausstattung“, sagte Schuster und ergänzte mit Blick auf die Flüchtlingskosten: „Ich habe kein Verständnis dafür, wenn Hessen die Bundesmittel nicht vollständig an die Kommunen weiterleitet.“ Schuster sprach sich zudem dafür aus, dass die Kommunen mehr Schulden aufnehmen dürfen. Er warnte davor, bei den freiwilligen Leistungen zu sparen. „Dann verlieren wir die Akzeptanz der Bevölkerung.“



Hilferuf aus Hessens Rathäusern - wir ersticken in Bürokratie
ffh.de

Startseite > Lokales > Kreis Kassel

Kommunen schlagen Alarm: Bürgermeister warnen vor drohender Überlastung

Erstellt: 23.06.2023 Aktualisiert: 23.06.2023, 20:17 Uhr

Von: Bernd Schünemann, Natascha Terjung

Kommentare

Teile

Startseite > Rhein-Main > Landespolitik

Hessen: Landesregierung mit Realitätssinn gesucht

Erstellt: 23.06.2023 Aktualisiert: 23.06.2023, 16:33 Uhr

Von: Jutta Rippegather

Politik des Machbaren gefordert

Warum die kommunalen Spitzenverbände vor der Landtagswahl vor immer neuen Belastungen warnen



Ganztagsschulen, auf die es ab 2026 einen Rechtsanspruch gibt, dürften viele hessische Kommunen überfordern. Foto: dpa

Ganztagsschulen

Beispiel Ganztagsschulen:

„Volliger Humbug“, wenn dies umgesetzt werden?

oder die Umsetzung des Klimaschutzes: Ob diese Unternehmungen gelingen, werden

Kraft“, um finanzielle Mittel zu streiten. Ob es der ÖPNV ist oder die

müsse es möglich sein, den Kommunen „Luft zum Atmen“ zu geben und beim Haushalts-



Kommunen schlagen Alarm

Finanzielle Entlastung und weniger Bürokratie gefordert

VON NATASCHA TERJUNG
UND BERND SCHÜNEMANN

Kreis Kassel – Wachsende Bürokratie, die Auswirkungen der Krisen und immer mehr Aufgaben – das sorgt für eine Überforderung der hessischen Kommunen. Das stellt nicht nur der Hessische Städte- und Gemeindebund (HSGB) fest. Das unterstreicht auch Karsten Schreiber (CDU), Bürgermeister in Fulda und Sprecher der Bürgermeister im Landkreis Kassel. „Das geht so nicht weiter“, erklärt Schreiber mit Blick auf die Europäische Union, Bund und Land: Von dort kämen „fast täglich“ neue Rechtsverordnungen oder unübersichtliche Förderprogramme.

Kritisiert werden vor allem die Vorgaben von Bund und Land, denen die Kommunen kaum gerecht werden könnten. Der HSGB fordert von



Karsten Schreiber
Bürgermeister

Bund und Land wieder mehr Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung.

Die Bürgermeister im Landkreis Kassel sehen das eben-

Protest in Wiesbaden und Berlin

Die Bürgermeister im Kreis setzen geschlossen auf Gespräche mit Land und Bund, sagt ihr Sprecher, Fulda's Bürgermeister Karsten Schreiber. Ursprünglich für Ende Juni geplant, wollen sie jetzt im September am Landtag protestieren. Dabei wollten er und seine Kollegen „nicht nur Schilder hochhalten“, sondern den Vertretern der Fraktionen die Probleme der Kommunen klarmachen. Dazu erwarten sie Unterstützung aus anderen Landkreisen. Das sei auch in Berlin geplant.

so. Sie haben aus Protest nicht am Tag der Kommunen beim Hessentag teilgenommen. Weitere Aktionen werden vorbereitet: Die Bürgermeister suchten das Gespräch mit Politikern von Land und Bund, kündigt Schreiber an. Der Landkreis unterstütze sie. jedoch blieben an den Kommunen hängen. Dabei die Vorgaben oft sehr fangreich und dadurch intensiv. Das bemerke er beim Förderprogramm. „Die Kommunen mühen sich, Kohlen aus dem Feuer“, sagt Lange.

Martin Lange, Bürgermeister in Trendelburg, verweist ebenfalls auf die wachsenden Herausforderungen. Bund und Land würden etwas entscheiden, Arbeit und Kosten

jedoch blieben an den Kommunen hängen. Dabei die Vorgaben oft sehr fangreich und dadurch intensiv. Das bemerke er beim Förderprogramm. „Die Kommunen mühen sich, Kohlen aus dem Feuer“, sagt Lange.

Auch Wolfhagens Stadtrat Karl-Heinz sieht das Problem. Städte und Gemeinden müssten mehr Aufgaben erfüllen, die der Staat seitens der Kommunen ausreichend auszustatten“, aber. Diese Zusammenhänge seien für viele Menschen schwer nachvollziehbar. Die Bürger könnten man merken, die Kommunen hätten Interesse an (Kommunikation) abnehme. Die Beauftragten der Kommunen führt zum Verdross der Kommunen, sagte Schreiber. Das die aktuellen Umfragen. FOTO: PRIVAT

5 KREISTEIL HOFGEISMAR

Dienstag, 27. Juni 2023

Knappes Kassen, Fachkräfte fehlen

MEHR ZUM THEMA Entlastung für Kommunen gefordert – Politikverdrossenheit ist eine Folge

VON NATASCHA TERJUNG
UND BERND SCHÜNEMANN

Kreis Kassel – Durch die engen Vorgaben von Bund und Land kommen die Kommunen im Kreis Kassel an ihre Belastungsgrenze. In einem Positionspapier fordert der Hessische Städte- und Gemeindebund (HSGB) klare Prioritäten, weniger Bürokratie und bessere Bedingungen für kreatives und flexibles Arbeiten in den Kommunen.

Der HSGB

Auf Anfrage unserer Zeitung berichtet David Rauber, Geschäftsführer des HSGB, dass Kommunen sich an ihren Verband gewandt und von „knappen Kassen“ berichtet haben. Der Fachkräftemangel mache ihnen zu schaffen, vor allem in den Kindertagesstätten. „Das Land hat Personalstandards gesetzt, die gut gemeint sind – aber es gibt die Arbeitskräfte nicht“, sagt Rauber. Die Folge: Vielerorts müssten Kinder und Eltern auf „verlässliche Betreuung“ warten. Gruppen werden geschlossen oder Öffnungszeiten eingeschränkt.

Die Kommunen leisteten schon immer das meiste für die Bevölkerung, sagt Rauber.



Den Vorgaben von Bund und Land können die Kommunen kaum gerecht werden. Die Arbeit und die Kosten bleiben jedoch bei ihnen hängen. ARCHIVFOTO: PRIMA TOPA

HINTERGRUND

Hessischer Städte- und Gemeindebund: Land schränkt die Verfassung ein

Nach Ansicht des Städte- und Gemeindebundes schränkt das Land Hessen die Verfassung ein. Geschäftsführer Rauber erklärt das so: Übertrage das Land den Städten und Gemeinden Aufgaben und mache es höhere Vorgaben, dann müsste das Land finanziellen Belastungen ertragen. So hätten es Bewohner Hessens

2002 per Volksabstimmung entschieden. Das sei in die Landesverfassung übernommen worden. Die „trübe Realität“ macht der Verband beim Rechtsanspruch auf Schulkinderbetreuung ab dem Schuljahr 2026/2027 deutlich: Der Bund regelt den Anspruch, das Land stimme dem im Bundesrat zu und gebe „ein

paar Investitionszuschüsse, die nicht alles abdecken“. Für Betriebskosten sei noch gar nichts geregelt.

Wenn aber nichts geregelt sei, müssten die Kommunen die Kosten tragen – und damit letztlich die Bürger und Steuerzahler. „Das wäre Zechprellerei“, sagt David Rauber.

aussehen dürfen als in Berlin oder Bremen“, meint der HSGB-Geschäftsführer.

Geldes oder zu hohen Standards von Bund und Land nicht rechtzeitig umgesetzt

es immer schwieriger, bei allen Forderungen, Standards und arbeitsintensiven Förder-

Krieg und die Energiekrise im vergangenen Jahr fortgesetzt. Schreiber sieht das mit als

sagt Trendelburgs Bürgermeister Martin Lange. Die Gründe dafür, dass manches nicht so läuft wie gedacht, sei oft der „großen Regelungstiefe“ geschuldet. „Das setzt uns unter Druck“, berichtet Lange. Für manche Förderprogramme gebe es sehr strikte und umfangreiche Vorgaben, weshalb einige Projekte vorgezogen werden müssten. Das sei für Bürger natürlich unverständlich. Als Beispiel nennt Lange die Starkregengefahrenkarte, die für den Stadtteil Gottsbüren erstellt werden muss, um daraus die nötigen Baumaßnahmen ableiten zu können. „Dabei geht es um sechsstellige Summen.“ Für die Karte müsse ein Ingenieurbüro beauftragt werden, das ein Angebot für die Förderung erstelle – das gestalte sich jedoch schwierig. So werde es zeitlich knapp, um noch Geld aus dem Fördertopf zu bekommen. Doch besonders beim Thema Förderung sei man zum Glück mit dem Landkreis Kassel und dem Service Regionalentwicklung gut aufgestellt. „Ohne sie würden wir bei Fördermitteln kaum vorankommen.“

Wolfhagens Erster Stadtrat Karl-Heinz Löber weist auf ein

Was wir brauchen!

Eine **grundlegende** Verwaltungsreform mit **massivem Abbau von Bürokratie, Depriorisierung von Aufgaben** und einem simplen Versprechen:

Der Staat muss der kommunalen Selbstverwaltung wieder vertrauen!

Bund & Land müssen den Kommunen vertrauen und sie wieder in die Lage versetzen, sich selbst zu verwalten.

Leitgedanken für Stellungnahmen / Öffentlichkeit

- Aufgaben und Standards müssen mit dem ausdrücklichen Ziel hinterfragt werden, zwingende Vorgaben zurückzunehmen und den Kommunen mehr eigenverantwortliche Gestaltung zu ermöglichen.
- Konnexität muss auch in Hessen zuverlässig eingeklagt werden können.
- Die Menschen in dem Mittelpunkt: Die Tätigkeit der Kommunen soll laut Gesetz das Wohl der Einwohner fördern. In den Fokus gehört also, was der örtlichen Gemeinschaft **praktisch nützt**. Dokumentations- und Berichtspflichten beispielsweise gehören normalerweise nicht dazu.

Leitgedanken für Stellungnahmen / Öffentlichkeit

- „Lasst uns machen!“: Die Städte und Gemeinden stehen dafür, dass sie die Bedürfnisse der örtlichen Bevölkerung kennen und nach diesen Bedürfnissen und Möglichkeiten zielgenau darauf eingehen.
- Die öffentlichen Hände sollen sich weniger mit sich selbst beschäftigen, sondern zeitgemäße Leistungen für Bevölkerung und Wirtschaft erbringen.
- Als längerfristiges Ziel sollte versucht werden, durch Verfassungsänderungen die Hürden für Aufgaben, Übertragungen und Aufgabenänderungen zu Lasten der Kommunen zu erhöhen. Konkret sollte der Artikel Änderungen nur zulassen in dringenden und unabweisbaren Fällen zur Wahrung gleichwertiger (nicht gleicher!) Lebensverhältnisse und wenn die personelle und finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden und Gemeindeverbände das erlaubt. Die bisher von den Verfassungsgerichten geübte sehr großzügige verfassungsrechtliche Kontrolle würde so verschärft.

„Die Gemeinden sind der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind.“

(Hermann Schmitt-Vockenhausen)

Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!